

Europawahl 2024 und die Zukunft der deutschen Parteien Dauer: 40 Minuten (inkl. konsekutive Übersetzung)

[Begrüßung]

Vielen Dank für die erneute Einladung. Ich freue mich, dass unsere Zusammenarbeit in den letzten Jahren so wunderbar gedeiht und über jede Gelegenheit, Gwangju und die Chonnam Universität zu besuchen. Besonders schön finde ich, dass sich diesmal auch unser gemeinsamer Freund Taehun Lim die Zeit nehmen konnte, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Mein Name ist Thomas Yoshimura und seit August 2020 leite ich das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Korea, eines von über 100 Büros auf der ganzen Welt mit einer Geschichte von inzwischen 45 Jahren, in denen wir versuchen, einen Beitrag zur Freundschaft zwischen Deutschland und Korea zu leisten.

Wir beschäftigen uns bei unseren aktuellen Projekten in Seoul vor allem mit den Themen Mobilität und Sicherheit. Heute möchte ich mich allerdings auf andere Wurzeln unserer Arbeit konzentrieren, nämlich Europa, die Demokratie und vor allem die bevorstehenden Wahlen und die Zukunft der politischen Parteien in Deutschland, die uns als KAS besonders am Herzen liegen.

In Deutschland findet am 9. Juni, also in etwa einem Monat, die Wahl des europäischen Parlaments statt. Ich möchte kurz erklären, was das europäische Parlament ist, was wir genau wählen und dann noch ein paar Sätze dazu sagen, welche neuen Parteien zurzeit, auch im Vor- und Umfeld dieser Wahl zu wichtigen Veränderungen beitragen könnten.

Die Rolle des Europaparlaments

Das Europäische Parlament ist eine der wichtigsten Institutionen der Europäischen Union (EU) und spielt eine zentrale Rolle in ihrem demokratischen Prozess. Dazu möchte ich fünf Punkte nennen.

Zunächst ist das Europäische Parlament an der Gesetzgebung der EU beteiligt. Dazu arbeitet es zusammen mit dem Rat der Europäischen Union (einem Vertreter der 27 Mitgliedstaaten) an der Annahme von Gesetzen, die sogenannten EU-Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen. Diese Gesetze decken eine breite Palette von Themen ab, darunter Handel, Umwelt, Verbraucherschutz, Beschäftigung und vieles mehr. Europäische Gesetze ergänzen in Europa unsere nationalen Gesetze, können diese auch verändern und Vorgaben für deren Anpassung machen. Ein bekanntes Beispiel ist die europäische Datenschutzverordnung, die in den letzten Jahren für viele Veränderungen in Europa und auf der ganzen Welt gesorgt hat.

Das Europäische Parlament hat außerdem insbesondere das Recht, über den EU-Haushalt zu entscheiden. Es überprüft und genehmigt den Haushaltsplan der EU, einschließlich der Ausgaben für Programme und Initiativen in den Mitgliedstaaten und anderen Ländern. Aus dem Haushalt der EU werden etwa Fördermittel für die europäische Landwirtschaft oder die Umsetzung der Dekarbonisierung im Rahmen des Green Deal finanziert.

Das Europäische Parlament überwacht auch im Allgemeinen die Arbeit der Europäischen Kommission, der Exekutive der EU. Es bestätigt die Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission und kann Misstrauensvoten gegen die Kommission einreichen. Es führt auch Anhörungen von Kommissionsmitgliedern durch und kann sie bei Fehlverhalten zur Rechenschaft ziehen.

Im Unterscheid zu anderen europäischen Institutionen, die sich über die demokratischen Prozesse der Mitgliedstaaten legitimieren, wird das Europäische Parlament direkt gewählt. Die Mitglieder des Europäischen

Parlaments (MEPs), werden alle fünf Jahre von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Das Parlament repräsentiert wie ein nationales Parlament die Interessen der EU-Bürger und dient als Forum für politische Debatten auf europäischer Ebene. Seit den Wahlen 2019 bestimmen die Parteien dabei auch Spitzenkandidaten, die als mögliche nächste Präsidenten der Europäischen Kommission gelten, also der „Regierung der EU“. Eine dieser Spitzenkandidaten ist diesmal Ursula von der Leyen, die der aktuellen Kommission anführt.

Nicht zuletzt spielt das Europäische Parlament auch eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen der EU. Es pflegt Beziehungen zu Parlamenten in anderen Ländern und Regionen und kann Handelsabkommen und internationale Vereinbarungen ratifizieren. Beispielsweise hat das Europäische Parlament auch eine sehr aktive Gruppe für den Austausch mit Taiwan.

Europawahl in Deutschland

Vor diesem Hintergrund haben die bevorstehenden Wahlen eine wichtige Bedeutung. Hier nenne ich vier Aspekte.

Die Europawahl ist ein Sinnbild der europäischen Idee und damit ein Moment der europäischen Integration, bei dem die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands ihre Zugehörigkeit zur Europäischen Union und ihr Engagement für gemeinsame europäische Werte wie Frieden, Demokratie, Menschenrechte und wirtschaftlichen Wohlstand zum Ausdruck bringen können. Sie bietet die Möglichkeit, über nationale Grenzen hinweg Solidarität und Zusammenarbeit zu fördern.

Mit der direkten Wahl des Parlaments durch die Bürgerinnen und Bürger erhält die Europäische Union eine wichtige Legitimation. Sie ist ein Ausdruck der repräsentativen Demokratie und ermöglicht es den Bürgern, ihre politischen Vorlieben und Werte auszudrücken.

Die gewählten Vertreter aus Deutschland werden maßgeblich an der Gestaltung der EU-Politik beteiligt sein. Die Ergebnisse der Europawahl haben somit direkte Auswirkungen auf die politische Agenda und die Entscheidungsprozesse in der EU. Das gilt insbesondere auch, weil deutsche Abgeordnete oftmals wichtige Positionen innerhalb des Parlaments wahrnehmen, z.B. Fraktionen, Ausschüsse oder Gruppen leiten.

Darüber hinaus ist wohl jede Europawahl und auch diese zumindest in Teilen ein Signal für die innenpolitische Stimmung. Das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger spiegelt oft ihre Haltung zu nationalen Themen, politischen Parteien und Führungspersonlichkeiten wider. Die Ergebnisse können daher als Indikator für zukünftige Entwicklungen in der deutschen Politik interpretiert werden.

Wahlablauf in Deutschland

Bevor ich auf den letzten Punkt zurückkomme, lassen Sie mich kurz sagen, wie und was wir wählen. In Deutschland findet die Wahl am Sonntag, 9. Juni 2024 statt, andere Länder beginnen schon am 6. Juni. Gewählt wird nicht nach einem einheitlichen europäischen Wahlrecht, sondern nach nationalen Wahlgesetzen. In der Bundesrepublik regeln das Europawahlgesetz und die Europawahlordnung das Wahlverfahren.

Anders als vor fünf Jahren darf am 9. Juni in Deutschland wählen, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat. Das hat der Bundestag vor zwei Jahren entschieden. Auch in Belgien, Malta und Österreich dürfen 16-Jährige wählen. In Griechenland muss man 17 Jahre, in den übrigen Mitgliedstaaten 18 Jahre alt sein.

Wählen dürfen in Deutschland ab diesem Mindestalter nicht nur Deutsche, sondern auch Angehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, die sich in Deutschland aufhalten. Jeder darf aber nur einmal wählen.

Selbst für das Europaparlament kandidieren kann man ab dem vollendeten 18. Lebensjahr. Dabei ist allerdings zu beachten, dass nur Parteien und sonstige politische Vereinigungen Wahlvorschläge einreichen können – entweder

Listen für einzelne Bundesländer (in jedem Land nur eine Liste) oder eine gemeinsame Liste für alle Bundesländer. Einzelbewerbungen sind nicht zugelassen.

Zusammensetzung

Bis zum 31. Januar 2020 gehörten dem Europäischen Parlament 751 Abgeordnete an, darunter 73 Abgeordnete aus dem Vereinigten Königreich. Mit Inkrafttreten des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union endete auch das Mandat der britischen Abgeordneten. Daraufhin rückten aus 14 anderen Mitgliedstaaten insgesamt 27 neue Abgeordnete nach.

Deutsche befanden sich nicht darunter: als einziges Land hat Deutschland nämlich 96 Abgeordnete, mehr dürfen es nicht sein. Jedes Land hat mindestens 6 Abgeordnete, das gilt für und im Interesse von Luxemburg, Zypern oder Malta. Eine der sechs maltesischen Abgeordneten ist übrigens die derzeitige Parlamentspräsidentin.

Jedenfalls tagt das Europaparlament derzeit mit 705 Abgeordneten. In der kommenden Wahlperiode soll die Abgeordnetenzahl von 705 auf 720 steigen.

Von den 15 zusätzlichen Mandaten gehen je zwei nach Frankreich, Spanien und in die Niederlande und je eines nach Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Lettland, Österreich, Polen, die Slowakei und Slowenien. Das Parlament wächst, um die Veränderung in der Bevölkerung auszugleichen. Mit 720 Abgeordneten wird es aber immer noch kleiner als der aktuelle Deutsche Bundestag mit 736 Abgeordneten.

Wie schon 2019 entfallen 96 Mandate auf Abgeordnete aus Deutschland. Frankreich wird 81 Abgeordnete entsenden (derzeit 79), Italien wie bisher 76, Spanien 61 (derzeit 59) und Polen 53 (bisher 52). Rumänen 33 (33), Niederlande 31 (29), Belgien 22 (21), Tschechien 21 (21), Griechenland 21 (21), Ungarn 21 (21), Portugal 21 (21), Schweden 21 (21), Österreich 20 (19), Bulgarien 17 (17), Dänemark 15 (14), Slowakei 15 (14), Finnland 15 (14), Irland 14 (13), Kroatien 12 (12), Litauen 11 (11), Lettland 9 (8), Slowenien 9 (8), Estland 7 (7), Zypern 6 (6), Luxemburg 6 (6) und Malta 6 (6).

Bei der Sitzverteilung nach Ländern gilt das Prinzip der „degressiven Proportionalität“. Es bedeutet, dass die Bevölkerungen der kleineren Mitgliedstaaten relativ „besser“ im EU-Parlament vertreten sind als die Bevölkerungen der größeren Mitgliedstaaten. Anders als bei Bundestagswahlen oder Parlamentswahlen hier in Korea gibt es bei der Europawahl keine Wahlkreise.

Die nationalen Parteien schließen sich i.d.R. mit anderen zu gemeinsamen Fraktionen zusammen, wobei die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung, aber auch der einfache Wunsch nach Mehrheiten eine Rolle spielen. Derzeit sind im Europäischen Parlament folgende Fraktionen vertreten: Europäische Volkspartei (Christdemokraten, EVP) 178 Abgeordnete, Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) 141 Abgeordnete, Renew Europe 101 Abgeordnete, Die Grünen/Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA) 72 Abgeordnete, Europäische Konservative und Reformer (ECR) 67 Abgeordnete, Identität und Demokratie (ID) 60 Abgeordnete und Die Linke im Europäischen Parlament (GUE/NGL) 37 Abgeordnete. 49 Abgeordnete gehören keiner Fraktion an.

Insgesamt 59 Parteien sowie sonstige politische Vereinigungen haben in Deutschland ihre Wahlvorschläge für das ganze Land oder einzelne Bundesländer eingereicht. Davon wurden 35 Parteien und sonstige politische Vereinigungen für die Europawahl 2024 zugelassen.

Zu den Zugelassenen gehören, die Parteien im Bundestag (CDU, Grüne, SPD, AfD, CSU, Linke, FDP), aber auch Freie Wähler, Die Partei, Piratenpartei, Tierschutzpartei, Familienpartei, Ökologisch-Demokratische Partei, Volt, Bündnis Deutschland sowie das neue Bündnis Sahara Wagenknecht der gleichnamigen Bundestagsabgeordneten und bisherigen Führungsfigur der Linken. Darüber hinaus stehen auch noch exotischere Parteien wie Kommunisten, Basisdemokraten, die Letzte Generation oder eine Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung zur Wahl. Die Europawahl ist immer bunter und gibt auch Parteien eine Chance, die bei nationalen Wahlen nicht antreten. Die im

Februar gegründete Werteunion des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans Georg Maaßen wird hingegen noch nicht auf dem Wahlzettel zu finden sein, sondern erst bei den ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst antreten.

Ich hoffe, Sie haben eine Idee bekommen, was die Europawahl ist und wieso sie anders als andere Parlamentswahlen aber nicht nur für Deutschland und Europa wichtig ist. Gerne kann ich versuchen, über Fragen hierzu später noch über mögliche Ergebnisse oder Folgen zu sprechen.

Mit Blick auch auf die eben erwähnten Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern will ich meine verbleibende Redezeit aber nutzen, um einen kurzen Blick auf drei mehr oder weniger neue politische Kräfte zu werfen, nämlich das Bündnis Sahra Wagenknecht, die Werteunion sowie die Rolle der AfD und dabei jeweils meine Einschätzung zu deren jeweiligem Verhältnis zu den etablierten Parteien im Deutschen Bundestag geben.

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Wie keine nationale und überhaupt kaum eine andere Partei in Deutschland bisher ist diese Partei auf eine Person konzentriert, das zeigt schon der Name. Sahra Wagenknecht war eine sehr wichtige Abgeordnete der Partei die Linke und zuvor der PDS, der Nachfolgerin der Staatspartei der DDR. Sie ist charismatisch, aber auch populistisch. Sie ist links, aber bezeichnet sich auch als bürgerlich. Jedenfalls ist sie auch kritisch gegenüber der deutschen und westlichen Politik gegenüber Russland und fordert u.a. ein Heraushalten Deutschlands aus dem Krieg in der Ukraine und anderen internationalen Konflikten. Damit kombiniert ihre Partei Ansichten der Extremen von Links und Rechts. Für die Partei die Linke könnte diese Konkurrenz das parlamentarische Ausscheiden bedeuten.

Werteunion

Etwas weniger personalisiert ist die Werteunion. Ihr wohl bekanntester Vertreter ist der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Georg Maaßen, der Mitglied der CDU war. Ihm und anderen war die Union aus CDU und CSU unter Angela Merkel nicht mehr konservativ und werteverbunden genug, weshalb sie zunächst die Werteunion als Verein gründeten, aber zumindest teilweise Mitglied in der Union blieben. Die CDU sah die zunehmende Nähe der Werteunion mit Extremrechten sehr kritisch und suchte eine Abtrennung. Auch die Mitglieder der Werteunion entschieden sich Ende 2023 für eine klare Trennung. Im Unterschied zur CDU ähneln etwa Meinungen der Werteunion zum Thema Migration und Integration der Alternative für Deutschland (AfD) und im Unterschied zu allen demokratischen Parteien des Bundestags sieht die Werteunion auch Perspektiven für eine formale Zusammenarbeit und gewollten gemeinsamen Mehrheiten mit der AfD.

Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD bleibt ein anhaltender Dorn in der deutschen Demokratie. Ihre fundamentale Kritik vor allem in Bezug auf Migrationsfragen finden weiterhin und erneut wachsende Unterstützung in den Umfragen. Trotz offener Äußerung staats- und demokratiefeindlicher Meinungen in den Parlamenten, in denen die Parteien inzwischen überall vertreten ist, und auch trotz umfassender Beobachtungen durch den Verfassungsschutz, vielleicht auch als Widerstand zu diesem Vorgehen, scheint es sogar wahrscheinlich, dass die Partei bei den Europawahlen wieder deutlich zulegt und sogar in einem oder allen drei Bundesländern im Herbst die stärkste Kraft wird. Die anderen Parteien müssen dann versuchen, mit nochmal mehr auch zweifelhaften Akteuren im Parlament eine Regierung ohne diese Mandate zu bilden und Politik zu machen, die dennoch dem Willen der Wähler entspricht (Stichwort Repräsentation), aber die Werte wie Frieden, Demokratie, Menschenrechte und wirtschaftlichen Wohlstand schützt, um die es schon bei der Europawahl am 9. Juni geht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf Ihre Fragen und zunächst einen Kommentar von Herrn Lim. Lieber Taehun, the stage is yours.